

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
06.07.2023
Ausschussbetreuender Fachbereich
Jugend und Soziales
Schriftführung
Miriam Tomechna
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Donnerstag, 09.03.2023

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:47 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Beschlüsse aus der letzten Sitzung
0061/2023**
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Planung nach dem KiBiz2020 für das Kindergartenjahr 2023/2024
0057/2023**

- 7 Mitteilung über den Sachstand in den Frühen Hilfen sowie dem Projekt
Babylotsinnen in den Geburtskliniken**
0096/2023
- 8 Haushaltsberatung 2023 für den Produktbereich 06**
0103/2023
- 9 Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales und
der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2023; hier: Bereich
Jugend**
0038/2023
- 10 Anwendung des § 55 Abs. 2, Satz 2 KiBiz für das Kindergartenjahr 2023/24**
0675/2022
- 11 Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Pusteblume**
0032/2023
- 12 Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Familienzentrum
ZAK**
0062/2023
- 13 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen –
Planung für das Schuljahr 2023/24**
0021/2023
- 14 Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle im Treffpunkt Kindertagespflege
(TKT)**
0095/2023
- 15 Förderung der Planungskosten für den angestrebten Umbau der Kindertagesstätte
Maulwürfe**
0123/2023
- 16 Prüfauftrag Refrather Westen**
0481/2022
- 17 Förderung eines Gründachs für den Erweiterungsbau der Kindertagesstätte Zum
Frieden Gottes**
0144/2023
- 18 Anträge der Fraktionen**
- 19 Anfragen der Ausschussmitglieder**
0679/2022
- 19.1 Anfrage der FWG vom 31.01.2023**
0081/2023
- 19.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.02.2023**
0140/2023

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Herr Wirth (kath. Kirche) sowie Herr Schäfer und Frau Figiel (Träger).

Anschließend stellt Frau Holz-Schöttler die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Desweiteren teilt Sie mit, dass die Tischvorlage 0144/2023 als TOP Ö17 in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Sodann werden Frau Lammers und Frau Muth unter Verlesung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form als Mitglieder im Jugendhilfeausschuss eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Beschlüsse aus der letzten Sitzung 0061/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Migenda (Verwaltung) teilt zur Organisationsuntersuchung im Bereich 5-51 einige Informationen mit, die als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt sind.

Frau Hellwig (Verwaltung) berichtet zum Skatepark an der Saaler Mühle, dass gestern ein Kick-off-Termin zur Umgestaltung stattgefunden habe. Das Projekt solle unter Einbeziehung eines externen Planungsbüros, welches auf Skateparks spezialisiert sei, durchgeführt werden. Desweiteren sei eine breite Beteiligung der Nutzer geplant, wie beispielsweise Jugendliche, Schulen, die Nachbarschaft und die Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Außerdem kam in einer der letzten Sitzungen das Thema gestiegene Energiekosten in Kindertagesstätten und der Kindertagespflege auf. Dazu teilt Frau Hellwig mit, dass das Land NRW ein Sondervermögen Krisenbewältigung eingerichtet habe. Dieses beinhalte Ermächtigungen in Höhe von 60,2 Mio. € zur Sicherung von Angeboten der Kindertagesbetreuung

und Kindertagespflege konkret mit dem Verwendungszweck für die gestiegenen Energiekosten. Die Auszahlung solle in Form eines einmaligen Aufschlags auf die Kindpauschalen und die Kindertagespflegepauschalen für das Kita-Jahr 2022/2023 erfolgen. Diese würden zunächst vom Land an die Jugendämter überwiesen, welche diese dann weiterleiten. Der Aufschlag werde vom Land zu 100% finanziert. Es seien keine Anträge notwendig, aber ein Verwendungsnachweis sei zu erbringen.

6. Planung nach dem KiBiz2020 für das Kindergartenjahr 2023/2024 *0057/2023*

Frau Mrziglod (Verwaltung) und Frau Austermühle (Verwaltung) stellen die Vorlage sowie die derzeitige Problematik mittels einer Präsentation vor.

Frau Lehnert (CDU) äußert, dass im Vortrag die Rede von einer Elternbefragung gewesen sei. Sie möchte wissen, ob man diese Informationen nicht aus LittleBird erheben könnte.

Frau Austermühle antwortet, dass die Informationen in LittleBird nicht den tatsächlichen Bedarf widerspiegeln, da sich einerseits nicht alle Eltern dort registrieren, und andererseits sich die Eltern nur auf verfügbare Angebote bewerben würden, die nicht unbedingt dem tatsächlichen Betreuungsbedarf entsprächen.

Herr Cremer (AfD) fragt, ob es nicht möglich wäre, geflüchtete Ukrainer mit entsprechender Ausbildung in den Kitas einzusetzen.

Frau Battacharjee (Integrationsbeirat) äußert, dass es für Ausländer*innen sehr schwierig sei, eine Anerkennung Ihrer Qualifikation zu erhalten. Das Verfahren würde sehr lange dauern.

Frau Schmitz (AG Jugendhilfe) möchte zum Vortrag ergänzen, dass der Fachkräftemangel nicht erst durch Corona ausgelöst worden sei, sondern mit der Einführung des KiBiz im Jahre 2008 begonnen habe. Dieses Gesetz habe strengere Anforderungen an die Ausbildung der Fachkräfte gestellt, was zunächst von den Kitas begrüßt wurde. Jedoch sei versäumt worden, ausreichend Fachkräfte auszubilden bzw. ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Außerdem seien weitere Themen auf die Kitas zugekommen wie z.B. Inklusion und Partizipation, die einen zusätzlichen Bedarf an Fachkräften erfordert hätten.

Desweiteren möchte Frau Schmitz wissen, ob eine Elternbefragung sinnvoll sei, wenn den Eltern gar nichts angeboten werden könnte.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass die Elternbefragung wichtig für die Planung sei, da sich der zukünftige Bedarf nicht unbedingt aus der Vergangenheit hochrechnen ließe. Es ginge bei der Befragung auch nicht nur um den kurzfristigen Bedarf, sondern auch um den in ein paar Jahren. Aufgrund der Ergebnisse der Befragung, welche auch die OGS umfasse, könne besser vorrausschauend geplant werden.

Frau Opiela (CDU) möchte wissen, wie es mit dem Grundstück Lena-Wiese für den Bau einer neuen Kita aussehen würde.

Herr Hildner (Träger) habe aus der Presse das Thema Trägerschaft von Kitas durch die Stadt selbst entnommen. Aus seiner Berufserfahrung in der Verwaltung von Kitas trägt er umfassend vor, welche Aufgaben dann auf die Verwaltung zukommen würden.

Frau von Berg (CDU) ergänzt, dass die Träger ein großes Know-how mitbringen würden, und die derzeitigen Probleme keine Frage der Trägerschaft seien.

Frau Lehnert bittet darum, dass der Berechnungsschlüssel nochmal kritisch überprüft werde.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

1. Der Bedarfsplanung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz2020) für das Kindergartenjahr 2023/2024 wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage beim Land die Betriebskostenmittel für die Kindertagesstätten und die Kindertagespflege zu beantragen.
2. In Abweichung zu den hier vorgelegten Planungen, kann es bis zum verbindlichen Stichtag für die Meldung der Platzkontingente beim Land Nordrhein-Westfalen am 15.03.2023 zu geringfügigen Veränderungen kommen. Die Verwaltung wird ermächtigt, in Abstimmung mit der Jugendhilfeplanung und den Trägern, über diese Veränderungen zu entscheiden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verwirklichung von weiteren bedarfsgerechten Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten, Kindertagespflege- und Großtagespflegestellen voranzutreiben und entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen.

7. **Mitteilung über den Sachstand in den Frühen Hilfen sowie dem Projekt Babylotsinnen in den Geburtskliniken**
0096/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. **Haushaltsberatung 2023 für den Produktbereich 06**
0103/2023

Herr Köchling (AG Jugendhilfe) teilt als Vorsitzender der AG Jugendhilfe mit, dass die freien Träger die Konsolidierungsmaßnahmen ablehnen würden und auch nicht bei der Erstellung der Vorlage beteiligt worden seien. Er bittet daher darum, dass dieser Teil der Vorlage nicht beschlossen wird.

Frau Opiela (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Vorlage zur Kenntnis nehme, aber noch Fragen offenstehen würden, sodass sich die CDU bei der Abstimmung enthalten werde.

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass er die Reduzierung des Gremiendienstes ablehnen würde.

Herr Migenda (Verwaltung) äußert, dass es an der Entscheidung der Mitglieder läge, die Beschlussempfehlung heute zu fassen oder an den Rat zu verweisen. Der wichtige Punkt sei aber, ob der Haushalt am Ende eine Mehrheit fände. Kommt es nicht zu einer Mehrheit, würden viele freiwillige Leistungen im sozialräumlichen Bereich wegfallen, wie beispielsweise der Babylotsendienst, die sozialräumliche Netzwerkarbeit oder der Abenteuerspielplatz. Er bittet die Parteien darum, diesen Punkt in ihren nächsten Beratungen zu bedenken. Desweiteren weist er darauf hin, dass sich die Stadt in ein freiwilliges HSK begeben habe, was nur ein Zeichen davon sei, dass ein tatsächliches HSK drohe. Sollte dies eintreten, lägen die Entscheidungen über den Haushalt nicht mehr in der Hand der Stadt.

Herr Blunck (Träger) bittet um die Beantwortung der Frage von Herr Köchling, warum die freien Träger nicht bei der Erstellung der Vorlage beteiligt worden seien.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, dass die Produktgruppe 06 in der AG Jugendhilfe rege diskutiert worden sei. Bei dieser Produktgruppe seien unter dem Oberbegriff ‚Eingrenzung der Kostendynamik‘ bei den erzieherischen Hilfen fünf Maßnahmen definiert, die ein über 10 Jahre hinweg kumuliertes Einsparvolumen in Höhe von 17,8 Mio. € ergeben. Die Maßnahmen seien aus der Verpflichtung des Jugendamts zur Qualitätsentwicklung gem. § 79a SGB VIII entstanden, welches das Jugendamt auch sehr Ernst nehme. Paradoxerweise erreiche das Jugendamt durch

die Qualitätsverbesserungen diese Einsparpotentiale. Das Jugendamt sei verpflichtet, diese Maßnahmen umzusetzen, aber selbstverständlich erfolge die Umsetzung immer in Zusammenarbeit mit den freien Trägern. Einige Maßnahmen seien auch aus Forderungen der freien Träger an das Jugendamt entstanden.

Herr Köchling möchte nochmal nachfragen, warum die Träger nicht beteiligt worden seien.

Frau Ahlers (Verwaltung) antwortet, dass die Planungsgruppe „Hilfe zur Erziehung“, eine Untergruppe der AG Jugendhilfe, beteiligt worden sei. Die Vertreter seien nicht in der letzten Sitzung der AG Jugendhilfe zugegen gewesen und konnten daher nichts dazu mitteilen. Die Ideen seien alle aus den Qualitätsdialogen entwickelt worden. Das Jugendamt habe sich die Themen nicht alleine ausgedacht, sondern sie seien alle in Gesprächen mit den freien Trägern entstanden.

Frau Lammers (AG Jugendhilfe) und Frau Schmitz (AG Jugendhilfe) meinen, dass die Frage nicht beantwortet worden sei, warum die Vorlage nicht in den Planungsgruppen und der AG Jugendhilfe vorgestellt worden sei.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der freien Träger, CDU und AfD))

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften und dem Rat die vorgelegte Haushaltsplanung für die Produktgruppen des Produktbereichs 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe für das Haushaltsjahr 2023 in der Fassung, die sie nach Abschluss seiner Beratungen gefunden hat, zur Beschlussfassung vorzulegen.

9. **Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2023; hier: Bereich Jugend**
0038/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. **Anwendung des § 55 Abs. 2, Satz 2 KiBiz für das Kindergartenjahr 2023/24**
0675/2022

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung von Einzelfallregelungen gemäß § 55 Abs. 2 S. 2 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) Gebrauch zu machen. Diese Regelung gilt im gesamten Jugendamtsbezirk der Stadt Bergisch Gladbach für das Kindergartenjahr 2023/24.

11. **Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Pustebume**
0032/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH wird antragsgemäß für die Errichtung eines Fluchtweges in der Kindertagesstätte „Pustebume“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 96.600,00 € (100%) gewährt.

12. Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Familienzentrum ZAK
0062/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH wird antragsgemäß für die Sanierung des Kellers in der Kindertagesstätte „ZAK“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 24.980,77 € (100%) gewährt.

13. Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen – Planung für das Schuljahr 2023/24
0021/2023

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, ob in den nächsten Jahren ausreichend OGS-Plätze geschaffen werden können, um den Gesetzesanspruch ab 2026 decken zu können.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass der Bedarf, der sich aus vergangenen Elternbefragungen ergeben habe, bei 92% liege. Der Bedarf werde aber wahrscheinlich noch steigen. Aktuell seien 105 Kinder auf der Warteliste, was weniger als in vorherigen Jahren sei. Die Verwaltung gehe aber in die Planung mit den Trägern, wie weitere Plätze geschaffen werden können.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Im Schuljahr 2023/24 werden bis zu 3.329 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot der Offenen Ganztagsgrundschulen in Bergisch Gladbach gefördert.

14. Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle im Treffpunkt Kindertagespflege (TKT)
0095/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle im Treffpunkt Kindertagespflege wird zugestimmt. Die Mittel in Höhe von ca. 44.000 € pro Jahr zur Umsetzung werden dem Deutschen Roten Kreuz ab dem Jahr 2023 zur Verfügung gestellt.

15. Förderung der Planungskosten für den angestrebten Umbau der Kindertagesstätte Maulwürfe
0123/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Elternverein Kippekausen e.V. wird für die geplante Umbaumaßnahme der künftigen Räumlichkeiten der Kindertagesstätte „Die Maulwürfe“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 47.658 €. (100%) zu den Planungskosten gewährt.

16. Prüfauftrag Refrather Westen
0481/2022

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, wo Spielplätze im Refrather Westen geschaffen werden könnten, und wie der aktuelle Stand auf dem Kirchengelände neben der KGS ‚In der Auen‘ sei.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass die Verwaltung aktuell im Gespräch sei mit der Schule und der Kirche, ob dort Spielplätze geschaffen werden könnten.

17. Förderung eines Gründachs für den Erweiterungsbau der Kindertagesstätte Zum Frieden Gottes
0144/2023

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ev. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach wird antragsgemäß für die Mehrkosten bei der Erweiterung in der Kindertagesstätte „Zum Frieden Gottes,“ Martin-Luther-Straße 11, 51469 Bergisch Gladbach, ein Investitionskostenzuschuss vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2023 in Höhe von 26.231,00 € (99%) gewährt.

18. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

19. Anfragen der Ausschussmitglieder
0679/2022

Es liegen keine Anfragen vor.

19.1. Anfrage der FWG vom 31.01.2023
0081/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

19.2. Anfrage der CDU-Fraktion vom 01.02.2023
0140/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:34 Uhr.

gez. Holz-Schöttler
(Vorsitzende)

gez. Tomechna
(Schriftführung)